

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen der
Forderungen des Kindernetzwerk e.V. der Selbsthilfe von
Familien mit Kindern mit chron. Erkrankungen und
Behinderungen**

1. zur Pflege: 1. Angemessene Vergütung aller in der Versorgung tätigen Menschen -2. Optimale Personalausstattung aller Einrichtungen und ambulanten Versorgungsformen - 3. Imagekampagne zur Aufwertung dieser Berufe im öffentlichen Bewusstsein. Was wird die CDU/CSU dafür tun?

Antwort:

Angesichts steigender Zahlen alter und pflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinanders. Deshalb haben wir beispielsweise die Bezahlung von Pflegekräften verbessert. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung ist, dass ab dem 1. September 2022 nur noch Pflegeeinrichtungen zur Versorgung zugelassen werden, die ihre Pflege- und Betreuungskräfte nach Tarif bezahlen.

Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege weiter verbessern, indem wir diese als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen. Wir werden sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für das Pflegefachpersonal und pflegende Angehörige bessere Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, berechenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen schaffen.

Es ist wichtig, attraktive Arbeitsbedingungen für alle in der Pflege Beschäftigten zu schaffen. Hierzu gehört insbesondere eine verlässliche Gestaltung der Dienstpläne. Damit Heime mehr Pflegepersonal anstellen können, werden wir einen bundeseinheitlichen Personalschlüssel vorgeben.

Aus unserer Sicht muss die Bürokratie reduziert werden, damit das Pflegepersonal mehr Zeit für Patientinnen und Patienten hat. Wir wollen weitere 500 Millionen Euro für eine Innovationsoffensive für Robotik und Digitalisierung in der Pflege bereitstellen.

2. zur finanziellen Absicherung: 1. Beseitigung finanzieller Nachteile - 2. Übernahme von Rentenbeiträgen für wegen der Pflege ihres Kindes nichtarbeitende Elternteile -3. Besondere Unterstützung der durch die Versorgung der betroffenen Kinder sehr stark belasteten Familien - Was wird die CDU/CSU hier tun?

Antwort:

Als CDU und CSU fördern und erkennen wir heimische Sorgearbeit in gleicher Weise an wie andere Hilfesysteme – auch finanziell. Wir halten daran fest, dass pflegende Angehörige Rentenbeiträge für die Zeit der Angehörigenpflege erhalten. Diese sollten wie bei der Kindererziehung allerdings aus Steuerzuschüssen erfolgen und nicht die Beitragszahler zur Pflegeversicherung belasten.

3. zur Ökonomisierung: 1. nicht wirtschaftliche, sondern bestmögliche Versorgung gemäß UN-Kinderrechtskonvention, unabhängig von Refinanzierungsbedingungen -2. Sicherstellung des NAMSE-Prozesses - 3. Finanziell abgesicherte Einbeziehung nichtärztlicher Berufe und Selbsthilfe- Was wird die CDU/CSU hier tun?

Antwort:

Wir sorgen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen wohnortnahen, möglichst barrierefreien Weg, aber auch einen digitalen Zugang zur Haus-, Fach-, Zahnarzt- und Notfallversorgung, zu Apotheken, Hebammen, Physiotherapeuten, Gesundheitshandwerken und Sanitätshäusern haben. Wir setzen uns verstärkt für den flächendeckenden Ausbau des psychotherapeutischen Behandlungsangebots für Kinder und Jugendliche ein und wollen die Kompetenzen der Heil- und Hilfsmittelerbringer stärker nutzen.

4. zu Lotsen: 1. Gesetzl. Verankerung und gesicherte Finanzierung- 2. Zusätzlich Sprachmittler/Dolmetscher für Familien mit Migrationshintergrund- 3.Öffentlichkeitskampagne für bestehende erfolgreiche Lotsendienste- 4.Verbesserte Ausbildung entsprechender Case-Manager:innen Was wird die CDU/CSU hier tun?

Antwort:

Die sprachliche Verständigung mit Menschen mit Migrationsgeschichte ist für CDU und CSU ein wichtiges Thema. Sprache hat überragende Bedeutung – für die gleichberechtigte Teilhabe, aber auch für die Identifikation mit unserem Land und unserer Kultur. Wir wollen deshalb den Spracherwerb beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote. Im Verlauf der Corona-Pandemie hat die

unionsgeführte Bundesregierung beispielsweise gezielt auf mehrsprachige Informationsangebote gesetzt, um Menschen ohne deutsche Sprachkenntnisse zu erreichen.

CDU und CSU ist es wichtig, dass jede Bürgerin und jeder Bürger in unserem Land die gleichen Bildungschancen hat – unabhängig von sozialer oder kultureller Herkunft. Die Jugendmigrationsdienste leisten einen wichtigen Beitrag für die Beratung, Unterstützung und Integration von jungen Menschen mit Migrationsbiographie. Um die Chancen von Jugendlichen mit Migrationsgeschichte auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, wollen wir die Sprachförderung flexibel und zielgenau weiterentwickeln.

5. zur Transition: 1. flexible Altersgrenze für die Transition-2. Rechtsanspruch auf Teilnahme an einem bundesweit strukturierten Transitionsprogramm-3.flächendeckende Einrichtung Med. Zentren für Erwachsene mit geistiger oder schweren Mehrfachbehinderungen (MZEB)-Was wird die CDU/CSU hier tun?

Antwort:

CDU und CSU setzen sich für ein barrierefreies Gesundheitswesen in Deutschland ein. Ein wichtiger Baustein hierfür ist die Bedarfsplanung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss. Zur Umsetzung von Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention soll in der Gemeinsamen Bedarfsplanungsrichtlinie der gleichberechtigte Zugang für Menschen mit Behinderung zum Gesundheitswesen geregelt werden. Die Barrierefreiheit beim Zugang zur Praxis sollte in Zukunft als weiteres Kriterium den Zulassungsbestimmungen im Flächennutzungsplan hinzugefügt werden.

6. zu Kinderrechten: 1. Deutlich erweiterte Verankerung der Kinderrechte im GG- 2.Vollständiges Umsetzen der UN-Kinderrechtskonvention- 3. Einsetzen eines Kinderbeauftragten im Bundestag (mit Befugnissen und Fachkräften wie der Wehrbeauftragte).- Was wird die CDU/CSU hier tun?

Antwort:

CDU und CSU legen großen Wert darauf, dass auch bei einer Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz der Erziehungsauftrag und die Erstverantwortung der Eltern unangetastet bleibt. Hierfür haben wir uns bei den entsprechenden Verhandlungen eingesetzt. Eine entsprechende Formulierung und Einigung mit der SPD konnte in dieser Legislaturperiode jedoch nicht erreicht werden.

Wir legen Wert darauf, die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten zu achten, zu schützen und das Wohl des Kindes angemessen zu berücksichtigen. Gleichzeitig muss deutlich sein, dass die Erstverantwortung der Eltern unberührt bleibt und die Rechte der Eltern bestmöglich abgesichert werden. Träger des Erziehungsrechts sind und bleiben die Eltern. Der Staat sollte nur eine ergänzende und nachgeordnete Funktion haben, die nur ausnahmsweise dort zum Tragen kommt, wo die Erziehung durch die Eltern ausfällt.

7. zur Kindergesundheit: 1. staatlich finanzierte Forschungsstrukturen, die bestehende Zentren vernetzen- 2. Verstärkte Forschung der Arzneimittelhersteller für Zulassung und Erhalt von Kinderarzneimitteln- 3. Stärkere Berücksichtigung kinder- und jugendspezifischer Belange im GBA-Was wird die CDU/CSU tun?

Antwort:

Von den Ergebnissen der Gesundheitsforschung profitieren Menschen in unserem Land und weltweit unmittelbar und direkt. Die Stärkung der Versorgung mit Kinderarzneimitteln ist CDU und CSU ein wichtiges Anliegen. Wir werden das Tempo für die Entwicklung neuer Medikamente erhöhen, indem wir einheitliche Vorgaben schaffen – etwa beim Datenschutz, bei länderübergreifenden Studien oder der Einführung verbindlicher Musterverträge für klinische Prüfungen. Investoren und Forscher können sich darauf verlassen, dass in Deutschland auch weiterhin der Patentschutz gilt.

Insgesamt müssen in der gesundheitlichen Versorgung die Besonderheiten von Kindern und Jugendlichen zukünftig noch mehr Beachtung finden. Deshalb begrüßen wir die Gründung eines Deutschen Zentrums für Kinder- und Jugendgesundheit.

8. zur Inklusion: 1. gemeinsame differenzierte Haltung zur Inklusion der Verbände der Menschen mit Behinderungen- 2. Beteiligung der betroffenen Kinder, Jugendlichen und Familien- 3. länderübergreifend vereinheitlichte Regularien für den Nachteilsausgleich in Schule und Ausbildung-Was wird die CDU/CSU tun?

Antwort:

Der Bildungsbereich fällt unter die Kulturhoheit der Länder. Dennoch dürfen Bildungschancen allgemein und im Speziellen von Menschen mit Behinderung dadurch keine Nachteile erfahren. CDU und CSU setzen sich in allen Bereichen der Bildungspolitik für gleichwertige Verhältnisse in der Bundesrepublik ein. Unser Ziel ist für jeden die individuell beste Bildung in einem inklusiven Schulsystem.